



MEHRERE HUNDERT MENSCHEN demonstrierten gegen die Überwachung.

Foto: jodo

Demonstration gegen Überwachung

500 Menschen beteiligen sich in Karlsruhe an einer bundesweiten Protestaktion

P.S. „Zu privat für den Nachbarn, nicht für die NSA“ und „Datenstaubsauger gegen Demokratie und Bürgerrechte“: Mit zahlreichen Transparenten beteiligten sich am Samstag Demonstranten an einer bundesweiten Protestaktion gegen die Überwachung der Kommunikation in Deutschland. In über 30 deutschen Städten, in den USA, Indien und Australien fanden Demos unter dem Titel „Stop watching us“ statt, in Karlsruhe zogen etwa 500 Teilnehmer vom Stephanplatz zur Kundgebung auf den Friedrichsplatz. (Siehe auch Politik.)

Unterstützt wurde die Karlsruher Aktion von Attac, dem DGB, der ÖDP, den Piraten, den Grünen, der SPD und der KAL, die sich gegen die Überwachung und für Solidarität mit Edward Snowden, Bradley Manning und anderen „Whistleblowern“ aussprachen.

„Wir machen uns Sorgen um Demokratie und Bürgerrechte, wenn die deutschen Grundrechte derart mit Füßen getreten werden“, erklärte Jörg Rupp vom Landesvorstand der Grünen und sparte nicht an Kritik an den deutschen Politikern. „Wir fordern die bedingungslose

Solidaritätsbekundung mit Snowden und Co.

Unterbindung solcher Überwachung, die Schließung der NSA-Abhörzentren in Deutschland und den Stop der Kernschmelze des Rechtsstaates und der Demokratie“, sagte er unter Beifall.

„Alles, was wir sagen, kann in Zukunft gegen uns verwendet werden“, stellte Christian Alkemper von den Piraten

Karlsruhe-Land fest, und Karin Binder, Bundestagsabgeordnete der Linken, erinnerte an den vergeblich eingebrachten Gesetzentwurf für den Schutz von Whistleblowern. „Wie ein Überwachungsstaat aussehen kann, zeigte schon George Orwell in seinem Roman ‚1984‘“, erinnerte der stellvertretende Landesvorsitzende der ÖDP, Kilian Kronimus, und forderte dazu auf, den Anfängen zu wehren.

Eine lückenlose Aufklärung forderte auch der Grünen-Landtagsabgeordnete Alexander Salomon am Rande der Demonstration. Auch Bundestagskandidaten von Grünen, Piraten und ÖDP sicherten in der abschließenden Kundgebung auf dem Friedrichsplatz zu, sich für den Stop der Überwachungsprogramme „Prism“ und „Tempora“ einzusetzen.